

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

16.7.1932 (No. 164)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

**Expedition**  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfach Nr. 3515

**Verantwortlich**  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Ständestempel:  
Chefredakteur  
E. U. e. n. d.  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostreichung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Abschaltung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 24. auf Wunschschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die neue englisch-französische Bindung

Angesichts der widersprüchlichen Auslegung, die das „gentlemen agreement“ der Gläubigerstaaten und seine Tragweite für Deutschland noch immer in einem Teil der Presse findet, wird von zuständiger Berliner Stelle erneut mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß für Deutschland lediglich die Abmachungen bindend sind, an denen es beteiligt ist. Eine Verbindung zwischen der Reparationsfrage und der Frage der internationalen Schulden an Amerika herzustellen und alle Verträge, den Lausanner Pakt von der Regelung der Schuldentilgung an Amerika abhängig zu machen, hat Deutschland abgelehnt.

Herriot sagte im Senat: Das Werk von Lausanne bestehe aus drei Teilen. Im Mittelpunkt stehe das Finanzabkommen mit Deutschland, zweitens das gentlemen agreement. Wenn Amerika die Lausanner Vereinbarungen nicht anerkenne, dann werde jedes Land seine eigene Verhandlungsfreiheit wiedergewinnen. Der dritte Teil sei das englisch-französische Abkommen über eine enge, hergehliche Zusammenarbeit. Man muß mit England zu einer Verständigung in der Zolltarifffrage kommen. Am in den europäischen Staaten Ordnung zu schaffen, sei die Verständigung zwischen Frankreich und England notwendig.

Der britische Volschafter sprach im Washingtoner Staatsdepartement vor und stellte erneut fest, daß England mit Frankreich keine Einheitsfront in der Schuldfrage verabredete. Ferner brachte der Volschafter die Auffassung seiner Regierung zum Ausdruck, daß Amerika eine Einbindung des Völkerbundes zur Weltwirtschaftskonferenz wahrscheinlich leichter annehmen könnte, als eine bei der gegenwärtig unvollständigen Atmosphäre von London ausgehende Einberufung, denn eine Einbindung Englands könnte von gewissen Stellen als eine Fortsetzung der Lausanner Konferenz mit dem Ziele der Schuldentilgung interpretiert werden.

Um ausdrücklich sicherzustellen, daß die Unterbringung der Schuldverschreibungen des Lausanner Abkommens nicht durch Garantien fremder Länder oder auf ähnliche Weise ermöglicht oder erleichtert werden, ist am 8. Juli in Lausanne von den Sachverständigen der sechs einladenden Mächte protokolllarisch festgelegt worden, daß jede Ausgabe deutscher Regierungsschuldverschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des deutschen Kredits erfolgen muß.

Der polnische Außenminister Jaleski ist in Paris eingetroffen. Man darf sich wohl fragen, ob die unerwartete Ankunft des polnischen Außenministers mit der Frage des englisch-französischen Vertrauensabkommens zusammenhängt. Die Tatsache, daß Sir John Simon im Unterhaus nur Deutschland, Italien und Belgien als die Länder bezeichnet hat, die dem Abkommen beitreten sollen, ist bereits Gegenstand einer kritischen Betrachtung geworden.

### Ein Beschwerde-Telegramm der Zentrumspartei an den Reichspräsidenten

Die Zentrumspartei hat an den Reichspräsidenten nach Neu-Beck ein Telegramm geschickt, in dem sie schärfsten Protest gegen einen Artikel des nationalsozialistischen „Angriff“ einlegt. Der „Angriff“ — so heißt es in dem Telegramm — hat mitgeteilt, daß ein katholischer Kaplan in Bernau sich geweigert habe, einem katholischen SA-Mann die kirchliche Beerdigung zu gewähren, und gefordert, daß man dem toten SA-Mann noch das Braumehd ausziehen solle. Diese Darstellung des Sachverhaltes widerspricht der Wahrheit. Die Umkleidung des Toten ist nicht gefordert worden. Der Kaplan hat im übrigen mit der Weiterung des kirchlichen Begräbnisses des SA-Mannes in Übereinstimmung mit den Weisungen der bischöflichen Behörde vollkommen korrekter gehandelt. Dieser Vorwurf wird im „Angriff“ in ungeschicklicher Weise mit politischen Beweggründen in Verbindung gebracht. Das durch bischöfliche Weisungen begründete Verhalten des katholischen Priesters wird „als eine Verhöhnung der Meinung, die man auf der ganzen Welt eben nur bei Verbrechern und Mordbrennern, Bolschewisten, Mördern und Zentrumseuten finde“, hingestellt. Der „Angriff“ fordert die sofortige Verhaftung des katholischen Kaplans und seine Verurteilung wegen eines Verbrechens gegen das deutsche Volk.

Gegen die ungeheuren Beschimpfungen der katholischen Kirche und ihrer Priester durch die Nationalsozialisten erheben wir allerhöchsten Protest. In der Beleidigung der Zentrumspartei erblicken wir eine Beleidigung auch Ihrer Person, da Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, mit den Stimmen der Zentrumspartei gewählt sind. Wir fordern, daß diesen verübenden Auswüchsen und Methoden des Wahlkampfes ein Ende gesetzt wird.

Die Beratungen um die Zivilluftfahrt. Der Unterausschuß der Luftfahrtkommission der Abrüstungskonferenz hielt wieder eine Sitzung ab. Die Beratungen, die sich auf die Regulierung der Zivilluftfahrt beziehen, sind völlig festgefahren. Die Mehrheit des Ausschusses weigert sich hartnäckig, die von Volschafterkonferenz aufgestellten Richtlinien, um die deutsche Luftfahrt zu „entgiften“, auch für die anderen Staaten anzunehmen. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, griff nochmals die deutsche Forderung eines völligen Verbots des Bombenabwurfs aus der Luft auf und wies darauf hin, daß dies das wirksamste Mittel sei, um die militärische Verwendung der Zivilluftfahrt zu unterbinden.

### Letzte Nachrichten

#### Innerpolitische Fragen im Reichskabinett

WD. Berlin, 16. Juli. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag elf Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, nachdem auch Reichszentralrat v. Papen heute früh aus Neudorf in Berlin wieder eingetroffen ist. Gegenstand der Beratungen sind vorwiegend innerpolitische Fragen, wie sie in Bezug auf die Rundfunkorganisation, den freiwilligen Arbeitsdienst usw. in den letzten Tagen ventilert wurden.

#### Reichsbankpräsident Dr. Luther über das deutsche Währungsproblem

WD. Berlin, 15. Juli. (Priv.-Tel.) Im Währungsinstitut der Handelshochschule Berlin hielt Dr. W. Prior einen längeren Vortrag über das deutsche Währungsproblem. In der anschließenden Diskussion betonte Reichsbankpräsident Dr. Luther, daß die Menschheit bisher noch aus jeder Krise herausgekommen sei. Es handle sich für Deutschland nur darum, ob dies Vorauskommen aus der Krise auf natürlichem Wege oder unter Zwischenschaltung der mehrfach propagierten Kreditausweitung vor sich gehen sollte. Die Reichsbank lehne in dieser Hinsicht nach wie vor jede künstliche Maßnahme ab. Zum Unterschied gegen die Vereinigten Staaten habe Deutschland einmal kein Gold, um eine Kreditausweitung ohne Gefahren durchführen zu können, und zum zweiten habe man die Erfahrung einer Inflation hinter sich. Was die Deutschland vorgeworfene Kapitalflucht betrafte, so sei daran zu erinnern, daß der Eisenbahnbau im vorigen Jahrhundert gleichfalls eine Kapitalflucht riesigen Ausmaßes gewesen sei, die sich später doch noch als produktiv erwiesen habe. Den natürlichen Ausweg aus der Krise sollte man nicht hemmen. Die Reichsbank könne kein Programm anerkennen, durch dessen Verwirklichung man den Glauben an die Festigkeit der Währung im Volke erschüttern würde.

#### Sämtliche politische Beamte zurückgerufen

WD. Berlin, 16. Juli. (Priv.-Tel.) Der preussische Minister des Innern hat, wie wir erfahren, sämtliche politischen Beamten, die sich auf Urlaub befinden, telegraphisch zurückgerufen.

#### Ausdehnung der DSBilke auf Bayern geplant

WD. Berlin, 16. Juli. (Tel.) Das Reichskabinett hat in der heutigen Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung über die Ausdehnung der DSBilke Maßnahmen auf die übrigen Gebiete Bayerns in Vorschlag zu bringen.

#### Waffenheine für politische Schutzvereinigungen

In einem Berliner Blatt ist kürzlich ein scharfer Angriff gegen das Berliner Polizeipräsidium erhoben worden, weil es angeblich einer kommunistischen Schutzvereinigung durch Ausstellung von Waffenheinen die Möglichkeit gegeben habe, großkalibrige Waffen zu besitzen und damit Übungen abzuhalten.

Aus Kreisen des Polizeipräsidiums wird zu dieser Angelegenheit erklärt, daß auf Grund des Schusswaffengesetzes vom 14. Februar 1928 auch großkalibrige Waffen als Sportwaffen zugelassen sind, wenn sie den Bestimmungen über die sogenannten Begehren-Büchsen entsprechen. Solche Waffen dürften angemessene Vereine besitzen. Voraussetzung ist jedoch, daß solche Waffen bei einem der Polizei namentlich bekannten Vertrauensmann untergebracht sind und einer ständigen Kontrolle durch die Polizeioorgane unterliegen. Schießen darf man mit diesen Büchsen auch nur auf besonders bezeichneten Schießplätzen. — In dem fraglichen Fall handelt es sich um einen kommunistischen Schutzbund, der alle Vorschriften des Schusswaffengesetzes erfüllt hat und mit zwei zugelassenen Gewehren auf einem Schießplatz im Westen Berlins Übungen abhalten darf.

#### Abberufung des heftigsten Innenministers abgewiesen

Die amtliche „Darmstädter Zeitung“ teilt mit: Die von dem heftigsten Landtagsabgeordneten, Rechtsanwalt Jung, namens der nationalsozialistischen Fraktion des Hessischen Landtags geführte Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Durchführung eines Landtagsbeschlusses, der die Abberufung des Innenministers Leuschner forderte, ist in der Sitzung des Staatsgerichtshofes vom 24. Juni unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bunte abgewiesen worden. Damit ist grundsätzlich entschieden, daß aus dem Geschäftsführenden Kabinett in Hessen ein einzelner Minister vom Landtag nicht abberufen werden kann. Der Staatsgerichtshof hat sich im wesentlichen der Beweisführung der heftigsten Regierung angeschlossen.

Die Umgestaltung des Rundfunks. Die Reformpläne für die Umgestaltung des Rundfunks waren im Reichsinnenministerium Gegenstand von Besprechungen mit Vertretern der süddeutschen Länder. Der Grundgedanke der Reform geht bekanntlich auf eine starke zentrale Einflussnahme hinaus, wobei die Frage, dem Deutschlandsender weiter auszubauen und ihn den Zielen des Reiches stärker dienstbar zu machen, eine Hauptrolle spielen dürfte.

### \* Zur politischen Lage

#### Nach Lausanne

Noch immer steht die Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Beschlüsse von Lausanne. Soweit diese Beschlüsse das eigentliche Vertragswerk von Lausanne darstellen, werden sie allgemein als nicht befriedigend bezeichnet, weil die in dem Vertrag ausgesprochene Streichung der Reparationen durch ein Sonderabkommen der Gläubigerstaaten an eine Bedingung geknüpft worden ist, deren Erfüllung — zum mindesten in der gewünschten Form — als recht fraglich zu gelten hat. Der Vertrag soll erst dann ratifiziert werden, wenn sich die Gläubigerstaaten mit ihrem eigenen Gläubiger, Amerika, geeinigt haben.

Diese Einigung wird schon im Hinblick auf die neue Präsidentenwahl in Amerika ziemlich lange auf sich warten lassen. Daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika schließlich in ganz bestimmte Kürzungen der interalliierten Schulden einwilligen werden, darf man ohne weiteres annehmen. Die europäischen Schuldner rechnen aber natürlich damit, daß eine so gut wie restlose Streichung ihrer Schulden erfolgt. Einzuwilligen ist die öffentliche Meinung in Amerika dafür noch gar nicht zu haben.

Besser wäre die Stimmung, wenn die Abrüstungskonferenz tiefgreifende Entschlüsse zeitigen würde. Entschlüsse, die Amerika beweisen, daß Europa effektiv nicht mehr die Mittel hat, um mit jedem Jahre Milliarden und Milliarden für Rüstungszwecke auszugeben. So, wie die Dinge zur Zeit in Genf liegen, ist fürs erste an derartige Entschlüsse gar nicht zu denken. Im Gegenteil! Man muß sich darauf gefaßt machen, daß die Abrüstungskonferenz lediglich eine nichtsagende Zwischenresolution faßt und sich dann über den Rest des Sommers bis zum Herbst vertagt.

Das alles sind schlechte Ausichten. Und das alles nimmt natürlich auch dem Vertragswerk von Lausanne einen guten Teil seiner Bedeutung. Wieder ist es nicht gelungen, eine endgültige Lösung zu finden. Wieder muß man sich mit einem Schwebzustand begnügen. Denn, wenn der Vertrag nicht ratifiziert wird, dann muß eine neue Konferenz einberufen werden, die dort anzufangen hat, wo die alte aufgehört hat. Und, vom rein formalrechtlichen Standpunkt aus gesehen, wird die Rechtslage aller interessierten Mächte wieder die werden, die vor dem Hoover-Moratorium bestanden hat. Der einzige Trost ist darin zu erblicken, daß eben doch heute die ganze Welt innerlich davon überzeugt ist, daß die Reparationen nicht mehr existieren, daß Deutschland nicht mehr zahlen wird, und daß auch seine Gläubigerstaaten sich faktisch mit dieser Tatsache abgefunden haben, mögen sie auch — und zwar in erster Linie die Franzosen — noch allerlei versuchen, um den Schein gewisser Berechtigungen aufrechtzuerhalten.

Die Frage ist jetzt die, ob sich die Wirtschaft heute bereits auf die Tatsache, daß die Debatte über das Reparationsproblem geschlossen ist, einrichten wird oder nicht, ob also das, was man den Vertrag von Lausanne nennt, jetzt schon seinen obersten Zweck erfüllen wird, nämlich das Vertrauen im Wirtschaftsleben wiederherzustellen. Nur die praktischen Beobachtungen der nächsten Zeit werden uns instand setzen, diese Frage zu beantworten. Zunächst läßt sich dazu gar nichts Sicheres sagen. Höchstens kann man von neuem der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Wirtschaft jenes Maß von Vertrauen aufbringen möchte. Ganz unbegründet wäre ja die Wiederkehr eines solchen Vertrauens nicht. Denn die Reparationen sind tot und werden niemals wieder zum Leben erwachen.

#### England und Frankreich

Das andere Sonderabkommen, das in Lausanne abgeschlossen wurde, das sogenannte „Vertrauensabkommen“, war ein solches zwischen England und Frankreich. Wir haben alle Veranlassung, ihm unsere Beachtung zu schenken, da es von Frankreich in einer Art und Weise interpretiert worden ist, die zu Beunruhigungen Anlaß geben muß. Herriot, der französische Ministerpräsident, hat nach einer Habas-Meldung die Bedeutung jenes Abkommens dahin charakterisiert, daß hier die „Wiederherstellung der Entente cordiale“ vorliege, und daß künftig keine die Interessen der beiden Länder berührenden Probleme gefordert behandelt werden können. Die nächste Folge dieser Regelung würde die sein, daß

England sich nicht, wie früher, zu Zahlungen an Amerika zwecks Abtragung der Schulden verpflichten könnte, ohne vorher die französische Regierung befragt zu haben. Naturgemäß würde das Abkommen auch seine Anwendung finden auf die Abrüstungskonferenz. Und zu allem Überflus sieht ja auch bereits Punkt II des Pakt ein gemeinsames Vorgehen Frankreichs und Englands in Genf vor.

Es war zu erwarten, daß diese Interpretation der Bedeutung des Sonderabkommens der Londoner Regierung zu weit gehen würde, schon im Hinblick auf Nordamerika. Dort hat nämlich das „Vertrauensabkommen“ großes Staunen und Befremden hervorgerufen. Man faßt in Washington die Dinge so auf, daß es Frankreich gelungen ist, England in der Auseinandersetzung über die interalliierten Schulden ganz und gar an den französischen Wagen zu binden. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß die Londoner Regierung keineswegs die Absicht hat, die guten Beziehungen zu Nordamerika zu lockern; und inzwischen ist ja denn auch bereits von London aus einiges geschehen, was Washington wieder beruhigen soll. Es ist eben so, daß in der Frage der interalliierten Schulden England und Frankreich die gleichen Interessen haben, und daß die amerikanische Weigerung Frankreich genau so trifft wie England.

#### Das „Vertrauensabkommen“ und Deutschland

Daß die Auffassung Herriots, es handle sich bei dem zweiten Sonderabkommen um die Wiederherstellung der Entente cordiale, nicht zutrifft, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß auch die anderen Verhandlungspartner von Lausanne, und zwar in erster Linie Deutschland, in aller Form gebeten worden sind, dem Pakt beizutreten. Die Entente cordiale war aber seinerzeit ein Bündnis, das sich ganz bewußt und einseitig gegen Deutschland richtete.

Man darf auch nicht vergessen, daß der britische Ministerpräsident noch dieser Tage ausdrücklich im Parlament erklärt hat, Deutschland müsse als eine Nation mit aller Hochachtung betrachtet werden, als eine Nation, die man im Rate der Völker zu befragen hat, genau so, wie es bei jeder anderen Nation der Fall ist; Deutschland müsse in den Rahmen der normalen Beziehungen zwischen den Völkern wieder eingefügt werden. Wer solche Worte spricht, ist natürlich vom Geist der früheren „Entente cordiale“ weit entfernt. Macdonalds Sätze sind nicht anders zu deuten, als eine offizielle Anerkennung der Forderung Deutschlands nach voller Gleichberechtigung. Offenbar glaubt der britische Premierminister, auf dem Umwege über neue Konferenzen Frankreich dahin bringen zu können, daß es auch seinerseits der Forderung Deutschlands entspricht. Macdonald war von jeher ein mutiger Optimist, und oft genug hat sich diese seine Hoffnungsfreudigkeit bewährt. Wir vermögen seinen Optimismus im Hinblick auf Frankreich indessen zunächst noch nicht zu teilen. Und gerade die Verhandlungen in Lausanne und ihr schließliches Ergebnis sind gewiß geeignet, uns recht zu geben.

Andererseits wollen wir auch nicht ungerecht sein. Die Tatsache, daß dasselbe Frankreich, das noch bis vor kurzem von Reparationszahlungen in gigantischer Höhe träumte, sich jetzt — wenn auch mit allerlei formellen Vorbehalten — endgültig mit der Streichung der Reparationen abgefunden hat und praktisch auf einen rechtlich an und für sich nicht zu bezweifelnden Anspruch verzichtet, mag in den Augen der anderen Völker als ein großes Entgegenkommen gelten. Wenn man in England den Vertrag von Lausanne von diesem Standpunkt aus betrachtet, erschiene die Hoffnung, daß Frankreich nun auch noch weitere Konzessionen machen könnte, nicht mehr so ganz unbegründet. Aber wir selbst teilen, wie

gesagt, die englischen Hoffnungen nicht. Dazu müßte noch manches anders werden als es ist.

Sehr interessant sind die neuesten Meldungen, nach welchen Macdonald und Herriot sich in Lausanne auch bereits über die Frage des polnischen Korridors und über die Memelfrage unterhalten hätten, und daß auch diese Fragen demnächst das Thema einer besonderen Konferenz abgeben sollen. Wenn diese Meldungen richtig sind, müßten wir den Mut und den Weitblick Macdonalds von neuem bewundern. Wir müßten aber auch dem französischen Ministerpräsidenten zugestehen, daß er bereit ist, Probleme in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen, die noch bis vor kurzem für die offizielle französische Außenpolitik als Probleme gar nicht existierten.

#### Der russisch-japanische Zwischenfall

Zu völlig überraschender Weise haben Vertreter der sogenannten „mandschurischen Regierung“ in Begleitung japanischer Emissäre die sofortige Übergabe der Lagerhäuser der Umschlagstelle Charbin (der wichtigsten Umschlagstelle der ostchinesischen Eisenbahn) verlangt und sie, als die Übergabe verweigert wurde, durch mandschurische Polizei besetzen lassen. Der russische Generalkonsul in Charbin hat dagegen in aller Form protestiert, da die Maßnahme einen Bruch des russisch-chinesischen Vertrags bedeute.

Selbstverständlich ist die Aktion erfolgt, um den Güterverkehr auf der ostchinesischen Eisenbahn unter japanischen Einfluß zu bringen, d. h. ihn womöglich lahmzulegen zugunsten der südmandschurischen Eisenbahn. Wenn das Ganze auch offiziell als ein Bruch russisch-chinesischer Abmachungen bezeichnet wird, ist es faktisch nichts anderes, als eine schwere und von japanischer Seite aus bewußt herbeigeführte Brüstung Sowjet-Rußlands. Man sieht: auch das mandschurische Problem drängt mehr und mehr zu seiner Lösung. Der Begriff einer „mandschurischen Regierung“ braucht uns bei der Betrachtung der dortigen Vorkommnisse übrigens nicht weiter zu stören. Er ist eben nur ein Begriff, eine Fiktion. Die „mandschurische Regierung“ ist Japan selbst.

#### Innere Politik

Die innere Politik Deutschlands steht ganz und gar im Zeichen der Reichstagswahl und im Zeichen weittragender Entschlüsse, die durch das Reichskabinett zu fassen und auf dem Wege von Notverordnungen zu verwirklichen sind. Der Reichskanzler von Papen und der Reichsinnenminister Freißner von Gahl weilten in dieser Woche in Reudelheim beim Reichspräsidenten und haben ihm dort über die außenpolitische und innenpolitische Lage Bericht erstattet.

Die Notverordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst wird am Montag als erste Maßnahme des Kabinetts veröffentlicht werden. Der freiwillige Arbeitsdienst wird nach den Absichten des Kabinetts späterhin sicherlich in eine Arbeitspflicht umgewandelt werden. Zunächst will man aber einmal sehen, welche Erfahrungen

man mit dem freiwilligen Arbeitsdienst macht. Und im übrigen war man ja auch durch die schlechte finanzielle Lage von vornherein gebunden, so daß man sich in diesem Augenblick an ein umfassendes Werk gar nicht herantrauen konnte. Schon die Beschäftigung von 100 000 Arbeitsdienstfreiwilligen würde für 240 Tage zirka 50 Millionen Reichsmark in Anspruch nehmen.

Die innenpolitische Situation hat sich inzwischen für das Kabinett von Papen keineswegs verbessert. Zur Zeit gibt es nicht eine einzige Partei in Deutschland, die sich eine planmäßige Unterstützung des Kabinetts zur Pflicht macht. Mit Ausnahme der Deutschnationalen, der die meisten Kabinettsmitglieder am nächsten stehen, haben alle Parteien dem Kabinett den Krieg erklärt. Und mit am schärfsten ist das in den letzten Tagen von Seiten der Nationalsozialisten erfolgt. Man ist dort mit dem Ergebnis von Lausanne unzufrieden und bemängelt auf innerpolitischem Gebiet die zuwartende Haltung des Reichsinnenministers in der Frage der kommunikativen Unruhen. Wie es heißt, stehen allerdings in dieser Beziehung bestimmte Schritte des Herrn von Gahl dicht bevor.

#### Die österreichische Völkerbundsanleihe

Der Völkerbundsrat hat am Freitag das Protokoll über die neue 300-Millionen-Schilling-Anleihe für Österreich angenommen. Der deutsche Vertreter enthielt sich der Stimme. Er führte zur Begründung an, daß Deutschland 1922, als die Unterbringung einer Anleihe vereinbart worden sei, nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen sei, nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen sei, die deutsche Regierung sehe sich daher nicht in der Lage, sich dem Protokoll anzuschließen. Am jedoch die in Rede stehende Anleiheaktion nicht zu stören, werde sie sich der Stimme enthalten. England und Frankreich werden mit 100 Millionen, Italien mit 80 und Belgien mit 5 Millionen Schilling an der beschlossenen Anleihe teilnehmen.

#### Kurze Nachrichten

Das neue Artillerie-Schulboot. Auf der Marinewerft in Wilhelmshaven wurde das Artillerie-Schulboot „Dreieck“ unter dem Kommando des Korvettenkapitäns Fanger in Dienst gestellt. Der Bau des neuen Artillerie-Schulbootes wurde 1929 als Ersatz für das Artillerie-Schulboot „Drache“ bewilligt. „Dreieck“ ist am 25. Januar 1931 vom Stapel gelassen und wird in Kiel stationiert werden.

Der Thüringische Landtag beschloß, bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei, die Auflösung des Landtags und die Wiederwahl am 31. Juli.

Reifestimmenabkommen zwischen Landvolk und DNVP. Die Deutschnationale Volkspartei hat, wie wir von deutscher nationaler Seite erfahren, mit der Landvolkpartei ein Abkommen getroffen, wonach die Reifestimmen der Landvolkpartei in die Reichsliste der DNVP aufgenommen werden.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz. Der Völkerbundsrat beschloß, dem Wunsch der Lausanner Konferenz über die Einberufung einer Weltwirtschafts- und Währungs-konferenz durch den Völkerbund zuzustimmen. Die Vorbereitung der Konferenz wurde einem Organisationsausschuß übertragen, der sich aus Mitgliedern des Völkerbundsrates zusammensetzt und dem auch Deutschland angehört. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter Großbritanniens ernannt. Schließlich hat der Rat noch entschieden, in den in Lausanne vorgeschlagenen Sachverständigenausschuß, dem die materielle Vorbereitung des Konferenzprogramms übertragen werden soll, sechs Wirtschafts- und Finanzsachverständige des Völkerbundes zu delegieren. Das Internationale Arbeitsamt und das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom wurden aufgefordert, an der Vorbereitung der Konferenz mitzuarbeiten.

Der Gehektwurf gegen die Arbeitslosigkeit ist vom amerikanischen Repräsentantenhaus angenommen worden.

Hoover verachtet auf 20 Prozent seines Gehalts. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, erklärte, freiwillig auf 20 Prozent seines Gehalts ab 1. Juli zu verzichten. Somit erhält der Präsident nur noch 60 000 statt 75 000 Dollar. Die Kabinettsmitglieder, deren Gehalt bereits um 8,8 v. H. gekürzt wurde, werden sich mit einer 10prozentigen Kürzung einverstanden erklären. Sie erhalten also künftig 12 750 statt 15 000 Dollar. Auch der Vizepräsident Charles Curtis stimmte einer Kürzung seines bisher 15 000 Dollar betragenden Gehalts um 15 v. H. zu.

Die Aufständischen-Kämpfe in Sao Paulo. „Daily Mail“ meldet aus Rio de Janeiro: Flugzeuge der brasilianischen Bundesregierung haben die Aufständischen mit Bomben beworfen. Im Staate Sao Paulo ist es zu Kämpfen gekommen. Der Bundespräsident Dr. Getulio Vargas hat Vorkehrungen zur Sicherung der Lebensmittellieferung der Bevölkerung getroffen und Kohlen-, Öl- und Petroleumvorräte beschlagnahmt lassen.

#### Kleine Chronik

In dem Prozeß wegen Sprengstoffverbrechens gegen vier Angehörige der NSDAP, verurteilte das erweiterte Schöffengericht in Birmensden den Angeklagten Eide zu zwei Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Berni erhielt die gleiche Strafe, während der Angeklagte Hahn zu einem Jahr sechs Monaten und der Angeklagte Gelschläger zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde. Die Untersuchungshaft wird voll angedreht. Die Haftbefehle werden aufrechterhalten. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Bei einem Gewitter in Osterode (Ostpreußen) wurden drei Personen durch Blitzschlag getötet.

In Niga erschloß ein wahnsinniger Mann zwei Polizisten und wurde selbst von einer Kugel tödlich getroffen.

Auch das Elsaß ist am Mittwochabend von dem schweren Unwetter heimgesucht worden. Die Gemeinden Wattweiler, Bernweiler, Hartmannweiler und Buesenheim am Hartmannsweilerkopf wurden außerordentlich schwer heimgesucht. Das Wetter wüthete ähnlich wie in Baden und vernichtete die ganze Ernte des Jahres 1932. Die Nebberge wurden restlos vernichtet. Auch bei Neuwiesbach, in Geismassler, Oberlahheim, Holsheim richtete das Unwetter starke Verheerungen an. Hier hat der Wirbelsturm ähnlich gewüthet wie in Dreifach. Die Ernte ist zu 80 Proz. vernichtet.

Wie die Wälder „Nationalzeitung“ aus Zürich meldet, soll der zuletzt am 20. Juli festgesetzte Auffrischungsprofessor Piccard nochmals um 14 Tage verschoben werden.

Gegenwärtig leiden die Staaten des Westens in Amerika unter einer Dürre. Das Thermometer hat am Freitag 38 Grad Celsius erreicht. Bisher sind mehr als zwanzig Todesfälle infolge der ungeheuren Hitze gemeldet worden.

#### Karlsruher Konzerte

Auf das neulich besprochene erste Prüfungskonzert ließ das Musik-Konservatorium nun noch den vor den Ferien angekündigten

#### Gesangsabend

folgen. Dabei kam in der Hauptsache die Interzessionsgruppe von Frau Rosa Bürg-Steinmann zu Wort, und schon nach ein paar Stichproben wußte man wieder einmal Bescheid, wie gut die Resultate der ernsten, zielbewußten Arbeit dieser Gesangspädagogin sind. Natürlich standen technisch nicht alle Schüler und Schülerinnen, die da Reden passierten, auf gleicher Höhe. Das ist ja auch kaum möglich, wenn eben Anfänger neben weiter Fortgeschrittenen an die Kampe treten, wenn boretst mühsam Erworbenes zwischen Leistungen gezeigt wird, die alles rein schulmäßige abstreifen und überhaupt fast vergessen lassen, daß es sich noch um Jünglinge handelt. Aber gerade in solcher Gegenüberstellung liegt ein besonderer Reiz, und auf jeden Fall ist es äußerst instruktiv zu beobachten, auf welche Weise sich da und dort eine Methode bewährt, deren Hauptfundament eine treffliche Atemschulung und eine vorzügliche Ausnutzung der Resonanzhöhlen sind. Denn Beides ist immerhin bei Lotte Münch, die freilich auch sonst als die vielversprechendste und künstlerisch wirklich schon gereifte Musikjüngerin die meisten Vorbeeren des Abends einheimen durfte, in erfreulichem Maße erreicht; nicht wenige der anderen jedoch — u. a. Vissi Schrödeleder, Waltrudis Seidensticker und Anny Ungeheuer — zeigten ebenfalls dank der sinnvollen Unterweisung einen ungewöhnlich leichten und lockeren Tonansatz, und selbst wo (zumal bei den Männerstimmen) die Atemführung noch nicht so tabellos funktioniert, um ein klingendes Piano zu vermitteln, ist wenigstens schon der Weg zu spüren, der bei weiterem fleißigen Studium das Material tragfähig machen und bald zu voller Entfaltung bringen wird.

Die Begleitung der meisten Arien und Gesänge am Flügel führte sehr zuverlässig bei jeder nur wünschenswerten Einstellung und nötigen Zurückhaltung Wilhelm Sauter durch, für den Anfangs- und Schlussteil des Konzertes, das sich eines recht stillen Besuchs erfreute, löste ihn dann das Antikorschercher unter der Leitung von Theodor Münz ab.

S. Sch.

#### Literarische Neuerscheinungen

Meyers Reisebücher: Die Fränkische Schweiz, Bamberg, Vamberg, Erlangen. Mit 4 Karten und 2 Plänen. Preis 2 M. Verlag Bibliographisches Institut AG, Leipzig.) — In letzter Zeit hat der bekannte Leyton- und Reisebuchverlag eine ganze Reihe billiger, kleiner Führer herausgebracht, die dem besonderen Bedürfnis unserer Zeit entsprechen. In geschichtlicher Weise werden in sich geschlossene Reisegebiete dargestellt, die eine eigene Physiognomie haben: Bodensee, Mittellandbahn, Westfalen, Röhreburger Heide u. a. Zu dieser Reihe gehört auch das vorliegende Bändchen, das die Fränkische Schweiz, d. h. also den mittleren, romantischen Teil der Fränkischen Alb, gewissermaßen neu entdeckt. Dies geschieht in einer Weise, die in der Reisebücher-Literatur einzig dasteht; denn es werden nicht nur die Eisenbahnstrecken, Autostraßen, Wanderwege und Sehenswürdigkeiten beschrieben, sondern der Benutzer erfährt zugleich viel Interessantes über Volkskunde und Tradition, Sitten und Gebräuche, ja sogar die Lieblingszeiten der Bewohner. Man erhält also einen wirklichen Begriff von dem seltsamen Wechselspiel zwischen Landschaft und Volkstum. Als Ausgangspunkte werden auch die Städte Bamberg, Bayreuth und Erlangen eingehend beschrieben.

Meyers Reisebücher: Bogen — Meran, Mendel, Ritten, Schlern, Paffier, Vintchgau. Mit 4 Karten, 2 Plänen und 2 Mundzungen. Preis 2,50 M. Verlag Bibliographisches Institut AG, Leipzig.) — Dieses handliche Bändchen der alpenwärtigen Sammlung führt durch die heroische Landschaft der südlichen Alpen, wo sich die nordische Bergwelt mit südländlicher Vegetation zu einem märchenhaften Wundergarten verschmilzt. Bogen und Meran, die Berlen des ehemaligen Südtirol, sind als Standquartiere in den Mittelpunkt gestellt. Von hier aus wird man auf die berühmten Aussichtspunkte der Mendel und des Ritten, des Schlern und der Seiser-See geführt, oder in die üppigen Täler des Eisad- und Eisach-Gebietes. Die ausführliche Beschreibung aller Zufahrtswege mit Eisenbahn, Auto und Flugzeug, die reichhaltigen praktischen Angaben und die vorzüglichen mehrfarbigen Karten erfüllen dem Reisenden einen erstundigen Begleiter und machen ihn in jeder Hinsicht unabhängig.

Trinken Sie für Ihre Nieren mal  
**Überkinger  
Adelheidquelle**  
Die Wirkung wird Sie überraschen.  
Sie bekommen sie überall. Den interessanten Prospekt mit präparierten ärztlichen Gutachten schickt Ihnen kostenlos die  
Mineralbrunnen A.-G.  
Bad Überkingen



Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.



bid. Billingen, 15. Juli. Der von Staatsanwaltschaft Konstantz seit einigen Tagen als vermisst ausgeschriebene Mechanikerlehrling Anton Oberfell aus Billingen hat jetzt seinen Eltern aus einer jugoslawischen Stadt einen Brief geschrieben, in dem er schreibt, daß ihn die Abenteuerlust in die Welt getrieben habe, und um die Rücksendung seines Portmoneus und eines Geldebetrages bittet.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	16. Juli		15. Juli	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	169.83	170.17	169.93	170.27
Kopenhagen 100 Kr.	80.82	80.98	80.82	80.98
Italien . . . 100 L.	21.51	21.55	21.15	21.55
London . . . 1 Pfd.	14.925	14.965	14.925	14.965
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.51	16.55
Schweiz . . . 100 Fr.	81.92	82.08	81.94	82.10
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Rhein-Elektra Mannheim. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 20. August 1932 einberufenen Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1931 aus 880.326,13 (1.372.286,11) M. Reingewinn nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen 5 (9) Prozent Dividende auf die Stammaktien und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 164.126,13 (156.086,11) M.

### Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die ärztlichen Ehrengerichte.

Als ärztliche Mitglieder der ärztlichen Ehrengerichte wurden gemäß § 24 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 491) für die Dauer der vierjährigen

Wahlperiode 1932 bis 1935 von den wahlberechtigten Ärzten der Gerichtsbezirke gewählt:

#### 1. Für das ärztliche Ehrengericht Konstanz:

als Mitglieder:  
 Dr. Ewald Weisschedel, prakt. Arzt, Konstanz.  
 Med.-Rat Dr. Alfred Stadler, prakt. Arzt, Singen a. D.  
 Med.-Rat Dr. Oskar Frey, Bezirksarzt, Waldshut.  
 Dr. Julius Gall, prakt. Arzt, Donaueschingen;  
 als Stellvertreter:  
 Dr. Karl Wild, prakt. Arzt, Konstanz.  
 Dr. Theodor Schenk, prakt. Arzt, Wolfershausen.  
 Dr. Otto Meier, prakt. Arzt, Säckingen.  
 Dr. Karl Gulben, prakt. Arzt, Bad-Dürrenheim.

#### 2. Für das ärztliche Ehrengericht Freiburg i. Br.

als Mitglieder:  
 Prof. Dr. Kurt Ziegler, Univ.-Prof., Freiburg i. Br.,  
 Dr. Rudolf Schwörer, prakt. Arzt, Freiburg i. Br.,  
 Dr. Theodor Brauch, prakt. Arzt, Lahr i. D.,  
 Dr. Wilhelm Hoffmann, prakt. Arzt, Schliengen;  
 als Stellvertreter:  
 Prof. Dr. Adolf Oberst, Univ.-Professor, Freiburg i. Br.,  
 Dr. Martin Watterer, Facharzt, Freiburg i. Br.,  
 Dr. Friedrich Schenk, prakt. Arzt, Emmendingen.  
 Dr. Erich Oppenheim, prakt. Arzt, Steinen.

#### 3. Für das ärztliche Ehrengericht Karlsruhe:

als Mitglieder:  
 Dr. Max Zuffall, prakt. Arzt, Karlsruhe.  
 Dr. Karl Ender, prakt. Arzt, Rastatt.  
 Dr. Fritz Knauff, prakt. Arzt, Forzheim.  
 Dr. Guido Gerber, prakt. Arzt, Bretten;  
 als Stellvertreter:  
 Dr. Max Neumann, Facharzt, Karlsruhe.  
 Dr. Hermann Springler, prakt. Arzt, Ettlingen.  
 Dr. Adolf Gelbing, prakt. Arzt, Achern.  
 Dr. Gustav Roth, Facharzt, Forzheim.

#### 4. Für das ärztliche Ehrengericht Mannheim:

als Mitglieder:  
 Dr. Robert Seubert, Facharzt, Mannheim.  
 Dr. Oskar Garber, prakt. Arzt, Mannheim.  
 Prof. Dr. Alexander Schminde, Univ.-Prof., Heidelberg.  
 Med.-Rat Dr. Hermann Braun, prakt. Arzt, Heidelberg;

als Stellvertreter:  
 Dr. Viktor Lion, Facharzt, Mannheim.  
 Dr. Emil Rautt, prakt. Arzt, Mosbach.  
 Dr. Kurt Beringer, Priv.-Dozent, Heidelberg.  
 Dr. Ernst Rade, prakt. Arzt, Heidelberg-Kirchheim  
 Karlsruhe, den 12. Juli 1932.

Der Minister des Innern:  
 J. A. v. Daba.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:

übertragen:  
 Dem Forstrat Anton Gerspach in Karlsruhe unter Ernennung zum Forstamtsvorstand das Forstamt Jettetten; dem Forstrat Josef Graf in Jettetten unter Ernennung zum Forstamtsvorstand das Forstamt Mestrich; dem Forstassessor Hubert Gerweck aus Bobmen die Stelle eines II. Beamten der Forstverwaltung unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Forstrat“.  
 Aus dem Staatsdienst ausgeschieden:  
 Forstrat Dr. Walter Schwegler zwecks Übertritt in den Dienst der Stadt Freiburg.

### Badisches Landestheater Karlsruhe

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus.

Spielplan vom 19. bis 24. Juli 1932.

Dienstag, 19. Juli: Die Dollarprinzessin. 20 bis geg. 23 (2,60).  
 Mittwoch, 20. Juli: Gräfin Mariza. 20 bis nach 23 (2,60).  
 Donnerstag, 21. Juli: Die Dollarprinzessin. 20 bis geg. 23 (2,60).  
 Freitag, 22. Juli: Gräfin Mariza. 20 bis nach 23 (2,60).  
 Samstag, 23. Juli: Zum erstenmal: Die Geisha. Eine japanische Teehausgeschichte mit Musik von Owen Hall und Harry Greenbaum. Musik von Sidney Jones. Deutsch von E. M. Roehr und Julius Freund. 20 bis geg. 22.30 (2,60).  
 Sonntag, 24. Juli: Die Dollarprinzessin. 19.30 bis geg. 22.30 (2,60).  
 In Vorbereitung: „Weiß im Purpur“, „Das Veilchen vom Montmartre“.

# Saison-Schluß-Verkauf

16. bis 30. Juli

„Wir räumen auf . . .  
 räumen Sie ein!“

Unsere Angebote billiger denn je — bei bester Qualität

## KNOPF

# Saison-Schluß-Verkauf

Eine Fülle von Waren, sowohl in fertigen Bekleidungsstücken für Damen, Herren und Kinder, als auch in Stoffen jeder Art für Kleidung, Haushalt u. Wäsche sind meinem Saison-Schluß-Verkauf vom 16. bis 30. Juli unterstellt.

Im eigenen Interesse bitte ich daher meine geschätzte Kundschaft diese Veranstaltung, bei der in allen Abteilungen große Warenmengen zu weit herabgesetzten Preisen bereitliegen, zu besuchen und sich selbst von der außerordentlichen Preiswürdigkeit nur bester Qualitätswaren zu überzeugen

**10% Extra-Vergütung 10%**  
 auf alle nicht reduzierten Preise

MODEHAUS  
**Carl Schöpff**  
 KARLSRUHE

**Ich verschleudere**  
 in diesem Saison-Schluß-Verkauf ganze Posten Waren in den Abteilungen  
**Schuhwaren • Wäsche • Korsett- und Damen-Artikel**  
 Eriessene Qualitätsware zu solchen Preisen, bei denen der Einkaufswert ausgeschaltet ist L.967  
 — Dies ist nur eine einmalige Gelegenheit! — **10% Rabatt!**  
 Auf alle nicht herabgesetzten Waren in obigen Abteilungen

**Reformhaus NEUBERT Karlstr. 29 a**

### Dächer

in Bitumenpappe und -Gewebe führt aus  
**Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik**  
 G. m. b. H.  
 Karlsruhe-Hafen



**Badisches Landestheater**  
 Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus  
 Sonntag, den 17. Juli 1932

#### Gräfin Mariza

Operette von Julius Brammer und Alfred Grünwald  
 Musik von Emmerich Kalman  
 Dirigent: Hilger  
 Regie: Meißner  
 Mitwirkende:  
 Bauer, Toriff, Mader, Löfer, Eberl, Schnitzer, Meßner, Schwarz, Krayer, Schönthaler, Hellmuth, G. Rivinius, J. Sonntag  
 Anf. 19<sup>15</sup>/<sub>16</sub>. Ende nach 22<sup>15</sup>/<sub>16</sub>.  
 Preise 1—3 RM

§ 66. Bruchsal. Nach Bestätigung des Vergleichs wurde das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Anton Brod & Co., Holzhandels-gesellschaft m. b. H. in Bruchsal aufgehoben. (§ 69 Vergleichsordnung.) Bruchsal, den 13. Juli 1932. Bad. Amtsgericht IV.

**PORPHYRWERK DOSSENHEIM**  
 HANS VATTER  
 DOSSENHEIM i. R. BADEN  
 liefert aus Schmelz- und Kalkschmelz-erzeugnissen  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

### Saison - Schluß - Verkauf

vom 16. Juli bis 30. Juli 1932 bei  
**JOH. HERTENSTEIN**  
 INH.: RUD. KUTTERER, HERRENSTR. 25  
 Herren- und Damenkleiderstoffe  
 Leinen- und Baumwollwaren  
 Wäsche-Schürzen, Trikotagen  
 auf meine enorm billigen Preise L.963